Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Vierteljährig Mk. 120.—, Halbjährig Mk. 240.—, Ganzjährig Mk. 480.—, Einzelnummer Mk. 15.— / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4.



Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile Mk. 50.— / Familien-Anzeigen Ermäßigung. / Anzeigen-Annahme: Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstr. 4. Fernsprech-Nummer 53099. Postscheck-Konto: München 3987.

Ausgabe A — Nr. 3 / 19. Januar 1923 — 10. Jahrgang

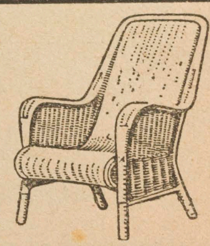
Mazzosversorgung

Die in den verschiedenen jüd. Blättern vom Verbande der Mazzosbäckereien veröffentlichten Mazzospreise stellen die **Einkaufspreise** der als Bäckerei unterzeichneten Wiederverkäufer dar und **nicht** die Verbraucherpreise.

München, den 10. Januar 1923

Emil Brader — Schindler — Feder Landmann





1923	Wochenkalender		5683
	Januar	Schebat	Bemerkungen
Sonntag	21	4	
Montag	22	5	
Dienstag	23	6	
Mittwoch	24	7	
Donnerstag	25	8	
Freitag	26	9	
Samstag	27	10	בא

Das Jüdische Echo

Nummer 3 | 19. Januar 1923 | 10. Jahrgang

Deutsche u. Zentralvereins-Ostjudenpolitik

Der preußische Minister des Innern Severing hat ein Memorandum zur Ostjudenfrage herausgegeben, aus welchem dieser Tage ein Auszug an die Presse verschickt worden ist. Bei der Haltung der bürgerlichen Presse in München ist es nicht weiter verwunderlich, daß wir diesen in vielen Hinsichten ungemein interessanten Auszug nur in der „Münchener Post" vorgefunden haben. Wir veröffentlichen diesen Auszug hier nach der jüdischen Rundschau. Er zeigt, daß der preußische Minister des Innern, der schließlich nicht verpflichtet ist, sich so gründlich mit dem Teil des allgemeinen Judenproblems, der als Ostjudenfrage bezeichnet wird, so eingehend zu befassen, wie es der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens tun müßte, das Ostjudenproblem als ein internationales erkannt hat. Er regt eine internationale Behandlung an und begnügt sich nicht einfach, wie die Ortsgruppe München des Zentralvereins, „Einwanderer aus dem Osten, gleichviel welcher Konfession", als unerwünscht zu erklären. In der letzten Zeit ist auch der Wortlaut einer Reichstagsrede des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Cohn zur Ostjudenfrage erschienen. Diese Rede, die seinerzeit nur in Bruchstücken durch die Presse bekannt wurde, gibt einen so weiten und sachkundigen Überblick über die Ostjudenfrage und ihre Behandlung in Deutschland, daß wir es besonders im Hinblick auf die traurige Behandlungsweise des Münchener Zentralvereins für nötig halten, sie unseren Lesern zur Kenntnis zu bringen. Wir dürfen es unseren Lesern überlassen, den Vergleich zwischen den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Cohn und der „Erklärung" des Zentralvereins zu ziehen. Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens leistet sowohl der deutschen als der jüdischen Sache schlechte Dienste, indem er die Ostjudenhetze verrannter und engstirniger Antisemiten fördert. R.

Die Rede des Abg. Cohn

Dr. Cohn, Abgeordneter (Ver. Soz.-Dem. P.): Geehrte Versammlung! Gestatten Sie mir, mit einem persönlichen Bekenntnis zu beginnen. Ich bin nicht Ostjude. Es ist möglich, daß irgendeiner meiner fernen Vorfahren in jenem Teil des Preußischen Staates eingewandert ist, der im 18. Jahrhundert von Preußen annektiert worden ist, in die Provinz Schlesien. Ich weiß nur, daß mein Großvater auch kein Ostjude war, sondern in einer Stadt mit ganz überwiegend deutscher Bevölkerung durch das Vertrauen seiner Mitbürger zunächst an die Spitze der Stadtverordnetenversammlung gestellt und nachher zum Ehrenbürger gemacht worden ist. Auch mein Vater war in seiner Heimatstadt Vorsteher der Stadtverordneten. So war es in zahlreichen Städten des deutschen Ostens. Die Träger des deutschen Gedankens und der städtischen Selbstverwaltung in sehr vielen Städten Schlesiens, Westpreußens und der früheren Provinz Posen waren Juden, deren Väter oder Großväter einmal als Ostjuden über die grüne oder über die polizeilich genehmigte Grenze gekommen sind. Diese Juden waren nicht die Nutznießer der Ostmarkenzulagen. Sie sind es auch nicht, die durch gefälschte Statistiken, um sich in den Besitz der Ostmarkenzulagen zu setzen, einen Teil der Schuld daran tragen, daß deutsche Teile von Posen und Westpreußen in die Hände der Polen gespielt worden sind; auf diese gefälschten Statistiken deutscher Beamten hat sich nachher die Entente berufen können, als es galt, eine überwiegend polnische Bevölkerung in Posen und Westpreußen festzustellen.

Ich will in diesem Zusammenhange nicht von den sehr zahlreichen Juden ostjüdischer Abstammung sprechen, die, um nur einige Namen zu nennen, Ehrlich, Liebermann, Haber, Cohnheim usw., Zierden des deutschen Geisteslebens und der deutschen Wissenschaft waren. — Herr Dr. Kaehler, daß Ihre Darlegungen sich in einem sehr engen Gedankenkreis bewegen, darauf werde ich nachher zu sprechen kommen. Aber an eins will ich Sie doch erinnern: Wo wären eigentlich die geistigen Väter Ihrer Partei, wenn sie nicht den Ostjuden Schlesinger gehabt hätten, der später den Namen Stahl trug?!

Aber, geehrte Versammlung, ich sage das ja nur, um zu beweisen, daß die Ostjuden in der deutschen Wirtschaft und im deutschen Geistesleben doch nicht nur die Nehmer sind, wie es nach den Ausführungen der Herren Kaehler, Fischbeck, v. Eynern usw. den Anschein hätte.

Sie sind in hohem Maße Geber,

sowohl in wirtschaftlicher, wie namentlich in geistiger und kultureller Beziehung. Was wäre schon vor dem Kriege der deutsche Export, nicht nur nach Rußland, sondern vor allem auch nach den englischen Kolonien, ohne die Ostjuden gewesen, die in zahlreichen englischen Kolonien Träger des größten Handels waren, und denen der deutsche Fabrikant und Kaufmann seine Waren verkauft hat?! Was wäre die deutsche Wirtschaft vor dem Kriege ohne die Ostjuden in Rußland gewesen, und was würde ohne die Ostjuden aus den Hoffnungen der deutschen Wirtschaft, auf den Wiederaufbau des Handels mit den Randstaaten, mit Polen und mit Rußland, dessen natürliche Vermittler schon durch ihre Sprachkenntnisse die Ostjuden sind?!

Wenn man aber die Frage der Ostjuden geschichtlich-politisch vom deutschen Standpunkte aus betrachtet: Den Weltkrieg konnte Deutschland nur so lange Zeit führen, weil es sich auf die Ostjuden stützte. Was wäre denn die deutsche Okkupationsverwaltung in Polen, Litauen und Ukraine ohne die sprachkundigen, sprach-

vermittelnden, dolmetschenden Juden gewesen, ohne die Ostjuden, die der deutschen Heeresverwaltung das Getreide, die Pferde, die Wolle, die Metalle usw. zusammengebracht haben, ohne die das deutsche Heer nicht kämpfen konnte, ohne die, wie auch Ludendorff bezeugt, namentlich die Offensive im Jahre 1918 überhaupt nicht möglich gewesen wäre?! Die Ostjuden, die sich so in den Dienst der deutschen Kriegführung begeben haben, erhielten ihren Lohn von beiden Seiten. Von deutscher Seite wurden sie mit der gebührenden Undankbarkeit behandelt, und von ukrainischer und polnischer Seite hatten sie durch die Pogrome des Jahres 1919 über ihre deutschfreundliche Tätigkeit während des Krieges zu quittieren. Die Versorgung von Heer und Heimat während des Kriegs wäre ohne die Ostjuden unmöglich gewesen, gleichviel ob es sich um die Tätigkeit deportierter Arbeiter gehandelt hat oder um die Tätigkeit von Kaufleuten und Arbeitern an Ort und Stelle in Polen und der Ukraine.

Um auf das Politische zu kommen: Herr Dr. Kaehler hat uns das Ostjudentum

im bengalischen Lichte des Bolschewismus

gezeigt. Wenn er so sachkundig wäre, wie er es nicht ist, würde er es wissen, daß unter den führenden Bolschewisten nur sehr wenige Juden sind, in den leitenden Stellungen sind fast durchwegs Russen. Aber ich hätte von Dr. Kaehler erwartet, daß er in diesem Zusammenhange von den ernsthaften politischen Gefahren gesprochen hätte, die von Osteinwanderern drohen, z. B. von den Mördern des früheren Senators Nabokow, von den weißgardistischen Offizieren, die in Berlin ruhige, friedliche Versammlungen benutzen, um Mordanschläge auf Miljukow zu machen. Ich hätte erwartet, etwas zu hören von dem General Biskupski und den Obersten von Freyberg und Awalow-Bermondt, von den Offizieren, die sich 1919 mit den entarteten Baltikumsoldaten und Offizieren zusammentaten und die neue Nationalhymne geschaffen und gesungen haben, die in Berlin zu hören war: Deutschland, Rußland über alles, über alles in der Welt. Ja, von diesen Ostelementen, von dieser östlichen Einwanderung, die für Deutschland sehr gefährlich ist, die in Deutschland geduldet wird und die sich der besonderen Gunst des Herrn Dr. Kaehler und seiner Freunde erfreut, von ihr hat Herr Dr. Kaehler nichts gesagt.

Desgleichen habe ich in der Rede des Herrn Dr. Kaehler ein Wort über die politischen Kongresse vermißt, die in Reichenhall, in Wiesbaden und in Potsdam von weißgardistischen, antisowjetistischen, konterrevolutionären Russen, abgehalten worden sind, wo unter den Augen der deutschen Behörden Verschwörungen gegen die Sowjetregierung gestiftet werden, vielleicht auch das eine oder andere Attentat ausgeheckt und der Sturz des politischen Systems beraten wird, mit dem das Deutsche Reich immerhin feierliche, völkerrechtliche Verträge, wie den von Rapallo und den vom 6. Mai 1921, geschlossen hat.

Wenn ein Vorwurf gegen die Denkschrift zu erheben ist, von der der Interpellant Herr Dr. Kaehler ausgegangen ist, so deshalb, weil sie nicht ausreichend und nicht vollständig ist. Es ist immerhin ein bedauerliches Versehen der Denkschrift, wenn sie auf Seite 8 unter Nr. IV „Ausländer“ zu a) „Verschiedene“ folgendes sagt:

> Einzelne Ausländer dürften sowohl während des Krieges wie vordem nur in verhältnismäßig geringer Zahl nach Deutschland eingewandert sein. Statistische Angaben darüber fehlen.

Unter diesen „einzelnen Ausländern“ sind gerade die Kreise zu verstehen, von denen ich eben gesprochen habe: die Nabakow-Mörder, die Bermondt-Leute, die Offiziere und Generale, die sonst an keiner Stelle in der Denkschrift aufgeführt sind. Man spricht da von einzelnen Ausländern, — aber es sind unter den 250 000 bis 300 000 Ausländern, von denen der Aufsatz des Herrn Dr. August Müller spricht, nach den Angaben sehr eingeweihter Leute mindestens

125 000 bis 150 000 Weißgardisten und Konterrevolutionäre,

die sich mit Billigung des Herrn Dr. Kaehler hier aufhalten!

Herr Abgeordneter Dr. Kaehler machte den schüchternen Versuch, seine Klagen in einen allgemeinen Zusammenhang zu bringen und schien das

Ostjudenproblem als Teil eines großen Wanderungsproblems

auffassen zu wollen. Er behauptete, daß die Wanderung der Ostjuden in den 80er Jahren begonnen habe — das ist ganz falsch; — und er hatte kein Wort dafür, daß das Wanderungsproblem, wie er es sieht, im Kriege und durch den Krieg sich bedeutend verändert hat, — ja, daß vielleicht der ganze Weltkrieg als eine große Völkerwanderung neuen Stils und auf erhöhter und erweiterter Grundlage aufzufassen ist.

Aber sowohl diese beiden Redner, wie vor allen Dingen der Herr Abgeordnete Fischbeck, haben alles das nur vom engsten Nützlichkeitsstandpunkt aus betrachtet: gut ist eine Wanderung, wenn sie den deutschen Interessen entspricht, wie ich, der Abgeordnete Fischbeck, sie auffasse; schlecht ist ein Bevölkerungselement, namentlich wenn es vom Osten kommt, sofern es den Interessen der wirtschaftlichen Kreise schadet oder unbequem ist, die Herr Abgeordneter Fischbeck oder Herr Dr. Kaehler vertritt. Das ist ja ein Kennzeichen der politischen und militärischen Ideologie, von der die deutsche Politik in den letzten Jahrzehnten beherrscht worden ist, und Beispiele dafür hat sowohl Herr Dr. Bredt, vielleicht ohne es zu wollen, wie vor allem Herr Abgeordneter Scholem mit Willen gegeben. Der Herr Abgeordnete Scholem hat Ihnen den Aufruf der deutschen und österreichischen obersten Heeresleitung aus dem Herbst 1914 vorgetragen. Damals waren die Ostjuden nützliche Elemente; denn sie dienten dem deutschen Interesse, wie es die Herren der Heeresleitung verstanden. Nachher aber, als die ostjüdische Bevölkerung nicht ausreichend oder nicht mit dem gewünschten Erfolge für die deutsche

Sache agitiert hatte, wurde sie gequält, beraubt und, ungefähr wie Vieh, nach Deutschland deportiert. Ich will davon absehen, daß der Aufruf der deutschen und österreichischen Heeresleitung vom Herbst 1914 die unmittelbare Ursache des Todes von Hunderten von Ostjuden war, die, auf Grund des Aufrufes, zur Vorbeugung von der russischen Heeresleitung oder Verwaltung glattweg aufgehängt wurden, um gar nicht erst in der übrigen ostjüdischen Bevölkerung die Neigung aufkommen zu lassen, auf die Lockungen der Deutschen einzugehen. Die Befürchtungen, die der russischen Heeresleitung von dem Aufruf herkamen, haben dann auch zu der schrecklichen Verschleppung der jüdischen Bevölkerung geführt. Sie wissen — vielleicht haben Sie es vergessen oder wollen es jetzt nicht wahr haben —, daß damals Zehntausende und aber Zehntausende von jüdischen Familien aus den nahe den deutschen Grenzen gelegenen Städten und Dörfern nach Osten hin evakuiert worden sind; eine Anzahl von ihnen hat glücklicherweise nachher den Rückweg nach Litauen usw. gefunden.

Die

Berufsstatistik des jüdischen Arbeiterfürsorgeamtes,

die der Herr Minister heute vorgetragen hat, will Herr Dr. Kaehler mit echt wissenschaftlicher Gründlichkeit durch den Brief eines anonymen Stadtverordneten widerlegen. Daß Herr Dr. Kaehler kein Politiker ist, hat er auch dadurch bewiesen, daß er den jüdischen Organisationen vorgeworfen hat, sie machten den Ostjuden das Leben in Deutschland zu behaglich. Herr Dr. Kaehler scheint niemals in der öffentlichen Wohlfahrtspflege gearbeitet zu haben oder er verheimlicht die Erfahrungen, die er dabei gewonnen hat. Er wüßte sonst, daß die stärkste und finanziell beste öffentliche Wohlfahrtspflege noch unter dem Existenzminimum bleiben muß, und daß die Behaglichkeit, die das jüdische Arbeiterfürsorgeamt oder andere Hilfsorganisationen den Ostjuden bieten könnten, schon aus finanziellen Gründen heute nicht geboten werden kann.

Hat sich Herr Dr. Kaehler, haben sich die übrigen Herren niemals die Frage vorgelegt, weshalb denn, obgleich die Verhältnisse hier nicht behaglich sind, trotz der dauernden Polizeischikanen, trotz der öffentlichen Invektiven, die sich die Ostjuden sogar von den Demokraten sagen lassen müssen, — weshalb dennoch bei den Ostjuden der Zug nach dem Westen besteht?

Geehrte Versammlung, dieser Zug nach dem Westen muß doch einen tieferen Grund haben, und ich glaube, ich kann den Grund nennen; die Ostjuden haben eine alte Sentimentalität und sie haben noch die Vorstellung, daß das Deutschland, das sie jetzt vorfinden,

noch das geistige Deutschland sei,

das ihnen einst der Führer Europas und namentlich der Lichtträger für den Osten war. Es ist kein Zufall, daß Sie beinahe in jeder ostjüdischen Bibliothek als Hauptwerk in der deutschen Sprache Schillers Werke finden. Aus Schillers Werken — Tausende von Ostjuden werden es Ihnen bestätigen — lernen die jungen Leute unter den Ostjuden die deutsche Sprache, und wie es für die Madame de Staël einmal ein Deutschland Schillers und Goethes gab, so ist heute noch für sehr viele Ostjuden das Deutschland Goethes und Schillers das in ihrer Auffassung allein existierende. Aber nein, sagt Herr von Eynern, die ganze Frage hat mit geistigen Dingen nichts zu tun, es ist ein Wohnungs- und Ernährungsproblem nicht nur vom deutschen, sondern auch vom ostjüdischen Standpunkt aus, und er knüpft daran die Frage: arbeiten diese Elemente in produktivem Sinne? Die Zahlen des Herrn Ministers und die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Scholem, die sich auch auf genaues Zahlenmaterial stützen, widerlegen Herrn Abgeordneten von Eynern; ich brauche darauf nicht zurückzukommen. Aber ich war doch erstaunt, daß er aus dem reichen Material, das Herr Scholem vorgetragen hat und das auch in den Händen des Herrn von Eynern ist, aus dem reichen Material von Berichten der Gewerkschaften nur einen einzigen weniger günstigen Satz des Berichtes einer Lokalstelle der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine verlesen hat. Ich kann nicht zugeben, daß das eine gewissenhafte Zitiermethode ist, und es spricht nicht dafür, daß Herr von Eynern dem Problem wirklich mit dem Willen zur Gerechtigkeit zuleibe gehen will.

Herr Abgeordneter Fischbeck hat sich bei der Besprechung der wirtschaftlichen Schädigungen, die er den Ostjuden zur Last legt, namentlich über die Goldankaufsstellen ausgelassen. (Sehr richtig! bei der D.-nat. V.-P.) — Sehr richtig! Gestern ist mir die „Deutsche Zeitung“ Morgenausgabe vom 28. November 1922 in die Hand gefallen. Man sollte doch annehmen, daß die „Deutsche Zeitung“ sich der Ostjuden erwehren und ihre wirtschaftliche Tätigkeit nicht unterstützen würde. Schlagen Sie die „Deutsche Zeitung“ auf, meine Damen und Herren. Sie finden in dieser einen Nummer 17 Anzeigen von Goldankaufsstellen. (Heiterkeit und Rufe: Hört, hört! bei der Ver. Soz.-Dem. P.) Ich glaube, die „Deutsche Zeitung“ hätte selbst erkennen können, daß eine Anzahl der Inhaber der Goldankaufsstellen penetrant jüdische Namen tragen. Aber das Gold der Ostjuden stinkt der „Deutschen Zeitung“ auch nicht, und sie nimmt es gern.

Auch Herr Abgeordneter Fischbeck hat sich den Aufsatz des Herrn Dr. August Müller im „8 Uhr-Abendblatt“ in wesentlichen Teilen zu eigen gemacht. Ja aber, Herr Abgeordneter Fischbeck, wenn Sie für den freien Handel eintreten — und das sage ich auch Herrn von Eynern, der die Wirtschaft von allen polizeilichen Zwangsmaßnahmen befreien will, — dann muß man auch die Konsequenzen des freien Handels mit in den Kauf nehmen, dann kann man es nicht verhindern, daß auch unerwünschte Elemente, die den Handel teils gar nicht verstehen, teils aber besser als die deutschen Händler und Schieber, sich mit in den freien Handel einschalten.

Herr Abgeordneter Dr. Kaehler hat gerade aus den wirtschaftlichen Erwägungen heraus — und darin sind ihm Herr von Eynern und namentlich Herr Fischbeck gefolgt — einen Appell an die in Deutschland eingedeutschten Juden gerichtet, Herr Fischbeck war es ja wohl, der sich mit lauter Stimme seiner Parteifreunde annahm, der zahlreichen deutschen Juden, wie er sagte, die beste Patrioten seien und die er vor den Ostjuden schützen müsse. Mir fiel bei dieser innigen Seelengemeinschaft zwischen Herrn Dr. Kaehler und Herrn Fischbeck der Vierzeiler eines Juden namens Heinrich Heine ein:

> Ach, Ihr habt mich nie verstanden,
> Selten auch verstand ich Euch;
> Nur, wo wir im Kot uns fanden,
> Da verstanden wir uns gleich. (Heiterkeit.)

Wo sich Herr Abgeordneter Dr. Kaehler mit Hrn. Abgeordneten Fischbeck in der Aufweckung der niedrigsten Instinkte der Bevölkerung treffen kann, da vereinigt sich die Deutschnationale Volkspartei mit der Demokratischen Partei.

Herr Dr. Kaehler ist auch gegen die Handwerkergenossenschaften der Ostjuden aufgetreten, die unter dem Patronat jüdischer Organisationen gegründet worden seien. Er sagt: wenn man solche Handwerkergenossenschaften gründet, so hält man ja die Ostjuden im Lande fest. Und nun rufe ich Herrn Dr. Kaehler, den Nationalökonomen, auf, nicht den Menschen Dr. Kaehler. Man kann es ihm nie recht machen. Gibt sich ein Ostjude einer unproduktiven Beschäftigung hin, so heißt es: Raus mit ihm! Bemühen sich aber Organisationen, den Ostjuden zu produktivieren, ihn in eine Genossenschaft einzupassen, ihm genossenschaftliche Grundsätze und Solidaritätsgefühl einzupflanzen und ihm ein wirtschaftliches Streben beizubringen, das nicht auf Unterbietung, sondern auf den gleichen Lohn mit anderen freien Arbeitern geht, so ist es Herrn Dr. Kaehler wieder nicht recht; denn man hält ja damit die Leute im Lande fest! Also folgt daraus, nach Herrn Dr. Kaehler, daß man die Leute auf die Bahn des Schiebertums drängen muß: denn von heute auf morgen kann man sie nicht hinauswerfen; es ist nun einmal die Eigenart dieses durch den Krieg eröffneten Wanderungsproblems, daß die Einwanderungsländer ihre Grenzen dicht geschlossen halten —. Irgendeine Zeit bleiben also viele bei uns im Lande, und produktiven Zwecken soll man sie nach dem Willen des Herrn Dr. Kaehler nicht zuführen; also bleibt ihnen, wiederum nach dem Willen des Herrn Dr. Kaehler, nur das Schiebertum. Das ist die Logik des Herrn Dr. Kaehler. Es ist ja nicht so, meine Damen und Herren, daß man einfach die Grenzen zumacht und, wenn dennoch jemand über die Grenzen kommt, dafür sorgt, daß er am nächsten Tag an der Westgrenze wieder hinausfliegt. Vielmehr geht die Wanderung, die sich über Jahrzehnte erstrecken wird, mit gewissen Pausen vor sich, deren Länge nicht das Deutsche Reich oder Preußen bestimmen kann; vielmehr ist der Verlauf und die Schnelligkeit der Wanderung im wesentlichen von Faktoren abhängig, z. B. von der Grenzsperre, die die Ententestaaten und andere hochvalutarischen Staaten den Wandernden auferlegen. Es wird also immer Zeitspannen geben, wo sich in Deutschland Elemente aufhalten müssen, die ihm unerwünscht sind, und für diese Zwischenzeiten muß vorgesorgt werden. Da gibt es, vom deutschen wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, gar kein besseres Mittel als das, die „wandernde" Bevölkerung mehr produktiven Berufen zuzuführen, sie von der Straße und den Schiebergelegenheiten wegzuführen.

Das jüdische Arbeiterfürsorgeamt, das heute wiederholt genannt worden ist, hat sich in großem Umfange und mit gutem Erfolge dieser Tätigkeit hingegeben, und die etwa 15 000 jüdischen Berg- und Hüttenarbeiter und die etwa 5000 jüdischen Landarbeiter, über deren guten Eigenschaften Ihnen vorhin der Herr Abgeordnete Scholem so ergötzliche Zeugen genannt hat, bilden ein Ruhmesblatt des jüdischen Arbeiterfürsorgeamtes und der übrigen einsichtigen jüdischen Organisationen in Deutschland. Aber zu den einsichtigen Organisationen in Deutschland rechne ich nicht die deutsch-jüdischen Kreise, als deren Wortführer heute der Herr Abgeordnete Fischbeck hier aufgetreten ist. (Sehr richtig! bei der Ver. Soz.-Dem. P.)

In diesem Zusammenhange möchte ich an den Herrn Minister eine besondere Bitte richten und seine Aufmerksamkeit nochmals auf etwas lenken, was ihm ja wahrscheinlich schon bekannt ist. Es sind Bestrebungen bei amtlichen Stellen im Reiche im Gange, die Produktivierung zu erschweren, indem man sie ganz besonderen Zulassungs-, Melde- und Arbeitskartenbestimmungen unterwirft. Wir bekämen so den grotesken Zustand: wer mit der Absicht hierherkommt, unser zahlreiches Schiebertum zu vermehren, und die nötigen Geldmittel hat, um sich auf Schleichwegen eine Wohnung oder unerlaubte Vorteile anderer Art zu verschaffen, der untersteht jenen Schikanen nicht; wenn aber der einfache jüdische Arbeiter hierherkommt, um zu arbeiten, dann wird er besonderen Belästigungen von amtlicher Seite ausgesetzt. Ich meine, es ist, auch vom deutschen Standpunkt aus gesehen, wirklich nicht sinnreich, die Zuführung ostjüdischer Arbeiter zur Arbeit zu erschweren, anstatt sie zu erleichtern. Die Gewerkschaften haben in diesem Punkte bisher ihre Schuldigkeit getan. Ich hoffe, es wird nicht der Fall eintreten, daß es den Amtstellen, von denen ich spreche — sie sind im Reich zu finden — gelingen wird, die Gewerkschaften von ihrem vernünftigen Standpunkt abzubringen oder sie auch nur an ihm irre zu machen. Die deutsche Arbeiterbewegung wird, wie ich überzeugt bin, immer an den Grundsätzen gesunder Internationalität festhalten, Grundsätzen, wie sie namentlich auf dem Stuttgarter Kongreß von 1907 als die Meinung des international organisierten Proletariats festgestellt worden sind, und nach diesen Grundsätzen muß man wohl dafür sorgen, daß die einwandernden Arbeiter sogleich von Arbeiterorganisationen aufgefangen und in sie eingegliedert, nicht aber, daß sie als Arbeiter zweiter Klasse unter ein besonderes Fremdenrecht gestellt werden.

Geehrte Versammlung, schließlich hat Herr Dr. Kaehler noch einen, wie ihm schien, wichtigen Grund für die Ausschließung der Ostjuden angeführt, er bezeichnet ihn mit den Worten:

hygienischer Bolschewismus.

Er wollte damit wohl andeuten, daß das deutsche Volk von besonderen Krankheiten, von Epidemien, bedroht sei, wenn es den Ostjuden Tür und Tor öffne. Ich glaube, die schlimmste Epidemie, die wir jetzt in Deutschland haben, ist die Alkoholpest (sehr richtig! links); sie schädigt im Augenblick die deutsche Bevölkerung wohl weit mehr, als die ansteckenden Krankheiten, die wir in Deutschland haben. Möge Herr Dr. Kaehler mit seinen volkshygienischen Sorgen hierbei anfangen; er wird bei der Bekämpfung der Alkoholpest an den Ostjuden sehr energische Bundesgenossen haben. Denn, was Sie auch sagen mögen, Herr Dr. Kaehler, in diesem Punkte werden Sie vom hygienischen Bolschewismus nicht sprechen können. Alkoholrein oder alkoholmäßig sind alle Ostjuden. Wenn Herr Dr. Kaehler einmal bei den ihm nahestehenden Kreisen der Studentenschaft und unter seinen (Abgeordneter Dr. Weyl: Parteifreunden!) — nein, ich bin gar nicht

so unfreundlich — in den wirtschaftlichen Kreisen, als deren Wortführer er hier auftritt, mit der Bekämpfung der Alkoholpest anfangen wollte, würde er sich ein größeres Verdienst um die deutsche Wirtschaft und um die deutsche Moral erwerben, als durch die Ausschließung der Ostjuden. (Sehr richtig! links.)

Ich muß in diesem Zusammenhange zu Herrn Abgeordneten Fischbeck ein Wort über die

„kulturelle Minderwertigkeit" der Ostjuden

sagen. Diese Behauptung droht zu einer fable convenue der Unwissenheit und der Denkfaulheit zu werden. Jeder glaubt sich berechtigt, von einer kulturellen Minderwertigkeit der Ostjuden zu sprechen, der nichts von den geistigen Bedingungen kennt, die das Leben der Ostjuden beherrschen. Mit vielen eingedeutschten Juden äußert auch Herr Fischbeck eine solche beleidigende und der Wahrheit ins Gesicht schlagende Auffassung. Ich muß schon sagen: Herr Fischbeck hat wirklich keine Ahnung von den Dingen, über die er redet. Unter den Ostjuden gibt es kaum einen Analphabeten; alle können lesen, zwar nicht die Schrift, die wir in der Schule lernen, aber eine andere Schrift, mit einem sehr reichen Schrifttum; immerhin ist in dieser Schrift die Bibel geschrieben. Sie sind beherrscht von sittlichen Traditionen, die wiederum zum großen Teil aus der Bibel geschöpft sind. Ach, was soll ich Ihnen darüber sagen, ich werde Ihnen vorlesen, was kein Judenfreund, aber ein Mann gesagt hat, der dasselbe von sich sagen konnte wie Lassalle, daß er jede Zeile schreibe bewaffnet mit der ganzen Bildung seines Jahrhunderts! Ich werde Ihnen vorlesen, was

Paul de Lagarde

gerade über diese Frage in seinen deutschen Schriften, Gesamtausgabe letzter Band Seite 23 im Aufsatz „Über die gegenwärtigen Aufgaben der deutschen Politik", sagt:

> Die jüdische Religion besteht vielmehr einmal aus dem festen, allerdings höchst sonderbaren Glauben an den ungeheuren Wert der eigenen Nationalität — der Dünkel der großen Nation — damit meint er Frankreich — ist unschuldiges Kinderspiel gegen den jüdischen Rassenhochmut —: solcher Glaube hilft viel. Sodann besteht sie aus der Überzeugung, daß jeder Augenblick des Lebens nach einem göttlichen Gebote eingerichtet werden muß. Diese Gebote dünken uns vielfach äußerst kindisch, aber sie haben die Juden gewöhnt, stets unter der Zucht zu stehen, stets aufzumerken, stets entsagen zu können. Und die Kraft der Menschen und der Nationen liegt in der Zucht und der Opferfähigkeit. Dazu kommt dann als drittes die Poesie des jüdischen Kultus, vor allem die Sabbathfeier, ein wahres Atemholen des inneren Menschen, das allein den Juden ihr rastloses Leben ertragbar gemacht hat und ertragbar macht....

Nun, geehrte Versammlung, wenn nach dem Zeugnis dieses ausgesprochenen Judengegners das die ethischen und geistigen Grundlagen des jüdischen Volkes sind, dann ist es doch eine Vermessenheit, ja, es ist schlimmer, es ist eine grenzenlose Beschränktheit, von der minderwertigen Kultur der Ostjuden zu sprechen. Es ist das aber dieselbe Überhebung, die vor und im Kriege offizielle deutsche Stellen und unser ganzes Volk gehabt haben. Es ist dieselbe Unterschätzung der gegnerischen Kräfte, die dann zu so traurigen Zusammenbrüchen, auch und vor allen Dingen auf geistigem Gebiete, geführt hat, wie wir sie erlebt haben.

Ganz so schwach — darüber täuschen Sie sich nicht —, daß Herr Abgeordneter Fischbeck mit Eselsfußtritten auf ihnen herumtreten durfte, sind die Ostjuden denn doch nicht! Amerika hat einmal den Handelsvertrag zwischen Rußland und Amerika gekündigt, weil die russische Regierung es gewagt hatte, einem Amerikaner jüdischer Abstammung, d. h. einem Ostjuden die Einreise zu verweigern. Herr Abgeordneter Fischbeck und die hinter ihm stehenden Wirtschaftskreise, desgleichen die Freunde des Herrn Abgeordneten von Eynern richten den Blick auf die amerikanische Hilfe, die dem deutschen Volke kommen soll. Unterschätzen Sie den Einfluß der amerikanischen Juden nicht! Wenn es immer und immer wieder in der Welt bekannt wird, daß man die Freunde und Verwandten derselben Juden, die in Amerika eine sehr wichtige politische und finanzielle Rolle spielen — sie haben auch immer noch Familienangehörige im Osten — in Deutschland beschimpft und mit allen Mitteln der Polizeischikane und des wirtschaftlichen Boykotts bekämpft, so könnte eine Neigung der amerikanischen Politik, Deutschland zu helfen, sich stark einschränken und verkümmern. (Hört, hört! rechts.)

Diese Erwägungen führen zu dem

Gebiete internationaler Politik,

das schon Herr Minister Severing berührt hat. Die Deutschen haben eine Irredenta, um mich einmal deutschnationaler Ausdrucksweise zu bedienen, unerlöst, d. h. versprengte Volksteile in Polen, in der Tschechoslowakei, in Italien, im Elsaß und an manchen anderen Stellen. Glauben Sie wirklich, daß sich die Lage dieser Deutschen verbessern werde, wenn Sie immer wieder vor aller Welt sagen, Deutschland könne nicht mit der Hand voll Ostjuden fertigwerden, könne sie geistig und wirtschaftlich nicht ertragen? Ist es vielleicht Herrn Abgeordneten Fischbeck und Herrn von Eynern bekannt geworden, wie sich die Deutschen in Polen bei den letzten Wahlen zum großen Sejm verhalten haben? Die Deutschen sind dort, wie Sie wissen, eine der nationalen Minderheiten, und die nationalen Minderheiten haben sich dort für die letzten Wahlen zu einer Gemeinschaftsliste zusammengeschlossen, also auch die Juden zusammen mit den Deutschen. Die Liste der nationalen Minderheiten hat im ganzen etwa 80 Abgeordnete in den Sejm geschickt; davon sind etwa 40 Juden und etwa 20 Deutsche. Sie ersehen aus diesen Zahlen, daß ohne die Mitwirkung der jüdischen Wählermassen die deutsche nationale Minderheit dort einfach ohne Vertretung geblieben, zum Schweigen verurteilt gewesen wäre, oder, anders ausgedrückt, die deutsche nationale Minderheit in Polen ist bei den Wahlen von den Juden in das polnische Parlament geschleppt worden. Wie soll es auf die Bereitschaft zur Fortsetzung dieser Bundesgenossenschaft zwischen Juden und Deutschen wirken, wenn man hier, knapp 100 Meilen vom Sitze dieses Wahlbündnisses ab, erklärt: die Ostjuden sind ein Menschenschlag, mit dem die Deutschen überhaupt nicht auskommen können? Glauben Sie, Herr Abgeordneter von Eynern, oder glauben Sie, meine Herren von den Deutschnationalen, die deutschen Interessen im Auslande seien ein Porzellanladen, daß Sie darin so herumwüten?!

Schließlich

die menschliche Seite dieser Sache:

sie muß gegen Herrn Dr. Kaehler, Herrn Abgeordneten Fischbeck und gegen Herrn Abgeordneten

von Eynern von neuem betont werden, wenn auch Herr Minister Severing sich das schwere Mißfallen des Herrn Abgeordneten Fischbeck zugezogen hat, indem er unter Menschen von menschlichen Rücksichten sprach. Die indische Auffassung von Sittlichkeit beruht im wesentlichen auf dem Worte: ta twam asi. Das bedeutet: du mußt in jeder leidenden Kreatur dich selbst erkennen, nur dann wirst du die richtige Einstellung im Denken, im Handeln, in der Hilfsbereitschaft haben. — Die Deutschen werden sich daran gewöhnen müssen, wie die Würfel des Schicksals nun einmal gefallen sind, in dem Juden auch das Wesen zu erblicken, von dem es gilt: ta twam asi. Was die Juden erleben an erzwungenen Wanderungen, an Leiden im Kriege und nach dem Kriege, es könnte einmal auch deutsches Schicksal werden, besonders wenn die Dinge sich so entwickeln, wie Herr Minister Severing voller Sorge uns vorgezeichnet hat. Und ich glaube, Herr Minister Severing steht mit dieser Besorgnis nicht allein.

Arthur Schopenhauer, den die Deutschnationalen mit Stolz unter die Judengegner zählen, hat einmal die Juden den Hans ohne Land unter den Völkern genannt. Johann, der König von England, wurde spottweise so genannt, weil er sein Land verloren hatte, und Schopenhauer wendet das auf die Juden an. Als die Juden ihr Land verloren, zählten sie kaum so viel Millionen, wie es heute schon Deutsche sind, die ihr Land verloren haben und jetzt in der Irredenta, unter fremden Völkern wohnen. Wenn das eintritt, was sich ereignen kann und, wie ich fürchte, auch ereignen wird: wenn Deutschland gezwungen sein wird, Millionen und aber Millionen Menschen in andere Länder zu schicken, dann sind diese Deutschen in noch viel höherem Maße „Hans ohne Land" unter den Völkern, als es die Juden jemals gewesen sind. Dann wird ein großer Kreis deutscher Menschen das Schicksal der Juden als eigenes Schicksal empfinden und sehen, daß das deutsche Schicksal, unter anderen Bedingungen und Verhältnissen, nur die Abwandelung des jüdischen Schicksals ist.

Ich wünsche dann dem deutschen Volkstum die Kräfte, die das jüdische Volkstum fast in einer zweitausendjährigen Entwicklung als „Hans ohne Land" bewahrt und bewährt hat. Nur dann wird sich das Deutschtum erhalten. Dann werden es die Juden sein, die dem ins Unglück geratenen deutschen Bruder nach dem Schicksalswort „Ta twam asi" die hilfreiche Hand reichen, die heute der deutsche Mitmensch dem Ostjuden nicht reichen will. Es ist das geschichtliche Verdienst der Juden, nicht undankbar sein zu können. Es ist das Schicksal der Juden, daß sie immer mit inbrünstiger Liebe und Verehrung aufgesehen haben selbst zu den Ländern, wo sie durch Polizeischikanen, wirtschaftlichen Boykott und Zurückweisungen aller Art die schlimmsten Quälereien erlitten haben. Ich bin überzeugt, es werden einmal die Generationen von Ostjuden, die nach uns kommen, den deutschen leidenden Mitmenschen nicht entgelten lassen, was der Herr Abgeordnete Dr. Kaehler und seine Partei und was Herr Fischbeck und seine ungeistigen Brüder an den Ostjuden gesündigt haben. (Lebhafter Beifall bei der Ver. Soz.-Dem. P.)

Severings Memorandum.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der preußische Innenminister an den Reichsminister des Äußern, Herrn Dr. v. Rosenberg, eine eingehende Denkschrift gerichtet, in der er auf die vom innen- wie außenpolitischen Standpunkt gleich bedeutsame Frage der Osteinwanderung hinweist und konkrete Vorschläge macht, durch die den aus dieser Zuwanderung drohenden Gefahren begegnet werden könnte.

Wenn auch, so wird in der Denkschrift ausgeführt, in letzter Zeit die

Zuwanderung nachgelassen

habe, so sei doch zweifellos eine große Zahl von Flüchtlingen aus dem Osten zum Teil aus Gründen bei uns geblieben, die ihnen die Rückkehr in ihre Heimat oder eine Weiterwanderung tatsächlich unmöglich machen. Alle vom polizeilichen Standpunkt unternommenen Maßnahmen hätten sich gegenüber den Gefahren, die uns aus dem Zustrom von Leuten fremden Stammes drohten, als unzureichend erwiesen. Angesichts der Tatsache, daß es sich — welthistorisch betrachtet — um

eine Wanderbewegung vom Osten her

handle, bei der Deutschland die Brücke von Ost nach West bilde, komme es darauf an, Deutschland in seiner Schwäche und Armut davor zu bewahren, ein Kessel zu werden, aus dem die Einwanderer sich weder vorwärts noch rückwärts bewegen können.

Dieses Problem, von dem die die Öffentlichkeit besonders beschäftigende

Sogenannte Ostjudenfrage

nur einen Ausschnitt darstelle, sei nur international zu meistern. Um Deutschland in die Lage zu versetzen, seine Verpflichtungen den ehemaligen Feinden gegenüber in möglichst weitgehendem Maße zu erfüllen, müßten ihm auf internationalem Wege die Lasten erleichtert werden, die es lediglich durch die politisch und wirtschaftliche Entwicklung anderer Länder und Völker, sowie durch seine eigene geographische Lage, also ohne Verschulden und ohne die Möglichkeit eigener Abwehr, übernommen habe. Insbesondere

müßte sich der Völkerbund mit der Ostjudenfrage befassen,

die ja ohnehin ein internationales Angesicht trage (Übertragung des Mandats über Palästina an England, Balfour-Deklaration). Weiter müsse durch Fühlungnahme mit Einwanderungsgebieten, in denen noch Bedarf an Arbeitskräften bestehe, die Auswanderung der nach Deutschland gelangten Ausländer möglichst gefördert, vielleicht auch ihre Ansiedlung in fremden Ländern erwogen werden; die finanzielle Unterstützung der Auswanderungsbereiten (Herabsetzung der Fahrpreise nach Übersee) sei ins Auge zu fassen. Der Reparationskommission sei nahezulegen, auf Mittel zu sinnen, daß wir durch diesen Zustrom ungebetener Gäste nicht an der Erfüllung unserer internationalen Verpflichtungen gehindert werden. Dazu trage die große Zahl der Russen bei, die durch die bekannten Verordnungen der russischen und ukrainischen Sowjetrepubliken ihr Heimatrecht und damit die rechtliche Möglichkeit der Rückkehr verloren hätten, aber nicht in die Heimat abgeschoben werden könnten, ebensowenig wie die zahlreichen, im Inlande befindlichen ehemaligen russischen Kriegsgefangenen, die hier geduldet werden müßten, weil kein fremder Staat sie zu übernehmen bereit oder verpflichtet sei; oder wie die polnischen Deserteure und Refraktäre, deren Abschiebung, solange nicht in Polen eine umfassende Amnestie für militärische Delikte erlassen ist, einer, jedenfalls unzulässigen Auslieferung gleichkommen würde. Durch die Umwälzungen im Osten und die Friedensschlüsse seien außerordentlich zahlreiche Ausländer staatlos geworden und könnten deshalb, selbst im Falle ihrer Lästigkeit, aus dem Inland mit Zwang nicht entfernt werden; die Regelung der Schicksale solcher Staatlosen könne ebenfalls nur international erfolgen. Deshalb sei schließlich auch der baldige Abschluß von Übernahmeverträgen mit unseren östlichen Nachbarn eine zwingende Notwendigkeit.

Der preußische Innenminister gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das Reich sich diesen Darlegungen nicht verschließen werde.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Verband jüd. Jugend-Organisationen Münchens. Samstag, den 27. Januar 1923 abends 8 Uhr im Bibliotheksaal Vortrag des Herrn Dr. Günzburg über: „Die heutige Lage des jüdischen Volkes". Eingeladen ist die organisierte und vor allem auch die nichtorganisierte jüdische Jugend Münchens.

Wir Juden und der Antisemitismus war das Thema einer außerordentlich gut besuchten Versammlung, die am 14. Januar im Bayerischen Hof stattfand. Ein ausführlicher Bericht folgt in unserer nächsten Nummer.

Schachklub Lasker. Nächster Spielabend Montag, 22. Januar, wieder in unserem Spiellokal Hotel „Herzog Heinrich" (Ecke Landwehr-Mathildenstraße). Fortsetzung des Turniers. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Erhöhungen in den Spendenzweigen

Die Nationalfonds-Kommission für Deutschland hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, mit sofortiger Wirkung die Preise in den Spendenzweigen folgendermaßen zu erhöhen: Eine Goldene Bucheintragung kostet von jetzt ab 50 000.—, ein Baum 1000.—, ein Telegrammformular 150.—. Ratenweise Einzahlungen für Goldene Bucheintragungen können nur noch von 5000.— erfolgen und der namentliche Nachweis erfolgt erst von 500.— ab. — Aus naheliegenden Gründen sah sich die Nationalfonds-Kommission für Deutschland leider zu diesen starken Erhöhungen gezwungen. Entsprechend der Geldentwertung und der damit verbundenen Unkostensteigerung ist es unbedingt notwendig, größere Summen für den Nationalfonds zu fordern. Die bisherigen Erfahrungen lehren, daß die Spendensummen zirka ein Vierteljahr hinter der Geldentwertung zurückbleiben. Wir müssen alles daransetzen, um zu erreichen, daß die Spender sich sobald wie möglich der Geldentwertung anpassen. Wir glauben, daß es unseren Vertrauensleuten durch Festsetzung von hohen Mindestspenden leichter möglich sein wird, die für die Palästinaarbeit so dringend erforderlichen größeren Summen zu erhalten.

Palästinafilm. Wir verweisen auf das heutige Inserat und machen besonders darauf aufmerksam, daß die Vorstellung in die Karin Lichtspiele verlegt wurde.

Bar Kochba München. Das für den 21. Januar angesetzte Ballfest fällt infolge der ernsten allgemeinen Lage aus.

Spendenausweis

Jüdischer Nationalfonds

Spenden aus München

Büchsen: Etienne Bach 1020.—, Bürobüchse 262.70, Karl Ettlinger 286.60.

Büchsenleerung der Manja Sass: Ludwig Davidsohn 158.—, M. Minikes 417.25, Dr. A. Perlmutter 651.60, Spenden unter 100 Mk. 60.—. Summe: 1286.85.

Büchsenleerung d. Gina Goldberg: Chary 200.—, Saposchnik 150.—, Ass 275.10, Schnapp 154.—, Neumann 707.—, Neumann (Gesch.) 250.—. Summe: 1866.25.

Allgemeine Spenden: Paul Grünbaum grat. Dr. Günzburg 100.—, desgl. Jakob Reich 100.—, Dr. Dipl.-Ing. A. Stern aus Prejmar bei Kronstadt anl. seiner Vermählung mit Frl. Dipl.-Ing. Irma Weigl d. Rabb. Dr. Bärwald 25 000.—, Herr u. Frau Dr. Jul. Siegel danken herzl. f. alle Glückwünsche anl. der Geburt i. Sohnes 5000.—, J. Lichtenauer u. Frau grat. Herrn u. Frau Dr. Bacharach 100.—, Max Bensinger für eine gewonnene Mappe 500.—, Dr. Karl Bacharach für im Echo dargebrachte Glückwünsche 1000.—, Paul u. Fanny Grünbaum grat. Herrn u. Frau Dr. Alfred Fraenkel z. Töchterchen 100.—, Dr. M. J. Gutmann u. Frau grat. Dr. Günzburg u. Frau zur Tochter 100.—, dieselb. grat. Jakob Reich zum Sohne 100.—, Trude Kochmann-Mart. Goldschmidt danken herzl. allen, die ihnen grat. haben 500.—, Dr. M. J. Gutmann und Frau grat. Dr. Alfred Fraenkel u. Frau 100.—, der Gesamtausschuß der Ostjuden wünscht seinem Vorsitzenden Herrn Alt-

mann u. Frau herzl. Maseltof zum Enkel u. Herrn Oettinger u. Frau zur Tochter 300.—, Familie D. Horn desgl. 100.—, das Sekretariat des Ges.-Ausschusses d. Ostjuden desgl. 100.—, Paul u. Fanny Grünbaum sagen ihrem l. Vater zu s. 60. Geburtstag 22. Tebes herzl. Maseltof 500.—, Bernh. Naß anl. s. 60. Geburtstages 22. Tebes 5683 500.—.

Münchner Ölbaumhain: I. Neuß grat. zur Verlobung Vogler-Bohrer 1 B. 300.—.

Sarah Reich-Garten: Anny und Max Kober-Berlin grat. Henny u. Jakob Reich zur Geburt des Sohnes 1 B. 300.—.

Rabb. Nobel-Hain: Anny u. Max Kober-Berlin grat. Fam. Lamm zur Geburt des Sohnes 1 B. 300.—.

K. J. V. er-Hain: V. J. St. Jordania grat. i. lb. alten Herrn Günzburg u. Frau zur Tochter 2 B. 600.—, Walter Markowicz grat. Dr. Günzburg u. Frau zur Tochter 1 B. 300.—.

Erlös aus Wertzeichen: 450.—.

Gesamtsumme dieses Ausweises: 41 172.90.

Gesamtausschuß der Ostjuden München. Fam. Naß wünscht herzlich Masel tof Herrn Kleinhaus zum Enkel, Dr. Bacharach u. Frau z. Sohn 100.—; Fam. Spielmann desgl. 100.—; Hermine Iram sagt a. d. Wege allen Gesangvereinsmitgliedern Grüß Gott 50.—; Fam. Botie gratuliert z. Bar Mizwah Weinberg-Oberhausen 100.—; desgl. Fam. D. Horn 100.—; Schwestern Rosa u. Ethel Iram dank. Herrn u. Frau Diamand, Herrn Schönmann sen. und Herrn Hermann Monheit für erwiesene Gefälligkeit und sagen allen Bekannten und Freunden Lebewohl 300.—; Franziska Löwy, geb. Koch, anläßl. d. Todestages ihrer Mutter 100.—; Spende Wegner 10 000.—; Spende von Frau Schneider 400.—.

Verein Bikor Cholim. Franziska Löwy, geb. Koch, anläßlich d. Todestages ihrer Mutter 100.—; Spende Wegner 10 000.—.

Die glückliche Geburt ihrer Tochter
Jenny
zeigen hocherfreut an

ARTUR WECHSLER und Frau LISA geb. Aron

München, Herzog Rudolfstraße 4

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Rudolf Liebstädter, Nürnberg, Fürtherstraße 87, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.